



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

**TEN/695
Lage der Energieunion 2018**

STELLUNGNAHME

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank –

Vierter Bericht zur Lage der Energieunion
[COM(2019) 175 final]

Berichterstatter: **Christophe Quarez**

Befassung	Europäische Kommission, 03/06/2019
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständige Fachgruppe	Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft
Annahme in der Fachgruppe	03/07/2019
Verabschiedung im Plenum	17/07/2019
Plenartagung Nr.	545
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	183/2/5

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

- 1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) nimmt den Vierten Bericht zur Lage der Energieunion (im Folgenden: „Vierter Bericht“) zur Kenntnis, unterstützt die Ziele der Energieunion und befürwortet, dass der Akzent auf der Einbindung und Mobilisierung der Gesellschaft der EU liegt, damit sie ihre Rolle im Rahmen der Energieunion umfassend wahrnehmen kann. Er wiederholt seine Vorschläge für einen effektiven Energiedialog mit der organisierten Zivilgesellschaft auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Außerdem plädiert er für eine engere Verknüpfung zwischen den künftigen Berichten zur Lage der Energieunion und der für den Zeithorizont 2050 vorgeschlagenen langfristigen strategischen Vision.
- 1.2 Der EWSA nimmt mit Befremden die Aussage der Europäischen Kommission zur Kenntnis, dass „die Energieunion Wirklichkeit geworden“ ist. Die Energieunion mag zwar politisch ausformuliert sein, ist aber noch nicht im Alltag der Europäerinnen und Europäer angekommen. Die Europäische Kommission sollte daher die Mitgliedstaaten in die Pflicht nehmen, die Beschlüsse, die sie selbst auf EU-Ebene gefasst haben, auch umzusetzen. Er fordert ferner ein ehrgeizigeres Engagement für die Energiewende und im Klimaschutz.
- 1.3 Der EWSA bedauert zugegebenermaßen, dass die nationalen Regierungen immer wieder abweichende Meinungen vertreten und auch zu Hause nicht das umsetzen, auf was sie sich in Brüssel geeinigt haben. Er appelliert an die Europäische Kommission, ihre Befugnisse einschl. ihrer rechtlichen Befugnisse wahrzunehmen, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten sich an die EU-Energierechtsvorschriften sowie die Energie- und Klimaziele für 2020 halten. Er fordert die Europäische Kommission auf, zu untersuchen, warum die nationalen Regierungen abweichende Meinungen vertreten und warum einige Mitgliedstaaten ihre Energie- und Klimaziele verfehlen werden.
- 1.4 Der EWSA bedauert, dass die Europäische Kommission den Vierten Bericht nicht gebührend genutzt hat, um das Fehlen deutlicher Fortschritte bei vier ihrer Prioritäten für die Energieunion herauszustellen: die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellen, die Energieimporte reduzieren, weltweit die Nummer eins bei den erneuerbaren Energien werden und neue Arbeitsplätze im Bereich der sauberen Energien schaffen.
- 1.5 Der EWSA bekräftigt, dass Europa einen „Sozialpakt für eine bürgergetriebene Energiewende“ benötigt, der zwischen der EU, den Mitgliedstaaten, den Regionen, den Städten, den Sozialpartnern und der organisierten Zivilgesellschaft vereinbart werden muss, um sicherzustellen, dass beim Übergang niemand zurückgelassen wird. Er sollte die sechste Dimension der Energieunion werden und alle sozialen Aspekte umfassen, darunter die Schaffung von guten Arbeitsplätzen, Berufsbildung, Verbrauchererziehung und -schulung, Sozialschutz, spezifische Pläne für Strukturwandelregionen, in denen Arbeitsplätze verloren gehen, Gesundheitsschutz und Energiearmut. Die Initiative sollte Teil der europäischen Säule sozialer Rechte sein.

- 1.6 Der EWSA begrüßt die Einrichtung der Beobachtungsstelle für Energiearmut als einen ersten Schritt hin zur Aufstellung eines europäischen Aktionsplans zur Beseitigung der Energiearmut in Europa. In diesem Zusammenhang können Sozialtarife oder Energieschecks nur eine vorübergehende Entlastung darstellen, an deren Stelle nach und nach öffentliche Zuschüsse treten sollten, um von Armut betroffenen Unionsbürgern den Zugang zu strukturellen Lösungen wie umfassenden Gebäudesanierungen zu erleichtern.
- 1.7 Der EWSA bedauert, dass der Bewertung der Energieabhängigkeit der EU und den damit verbundenen geopolitischen Auswirkungen keine ausreichende Aufmerksamkeit zuteil geworden ist. U a. sollte aber überwacht werden, wie sich die Abhängigkeit der EU entwickelt, die durch importierte Energie (bspw. Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran) sowie importierte Energiewendeprodukte (bspw. Batterien, Solarpaneele) und durch ausländische Investitionen in strategisch wichtige Energievermögenswerte und Energieunternehmen der EU bedingt ist (bspw. erwerben US-Unternehmen wichtige Segmente der Wertschöpfungskette für thermische Energie, chinesische Unternehmen kaufen Stromversorgungsunternehmen auf, und Russland investiert in den Energiesektor einiger Länder).
- 1.8 In Anbetracht des überragenden politischen Stellenwerts der Klimaschutzproblematik in der öffentlichen Wahrnehmung wie auch in parteipolitischen Programmen fordert der EWSA die neue Europäische Kommission auf, der Bekämpfung des Klimawandels in ihrer Amtszeit 2019-2024 höchste Priorität einzuräumen. Diese Priorität sollte in der Organisation der Europäischen Kommission sichtbar gemacht werden, indem der Erste Vizepräsident die Zuständigkeit für Klimapolitik erhält.

2. **Hintergrund und Betrachtungen zu früheren Empfehlungen des EWSA**

- 2.1 Die Ziele der Energieunion und eine ehrgeizigere Klima- und Energiepolitik stoßen auf eine breite und immer weiter zunehmende öffentliche Akzeptanz in der EU. Bei jüngeren Eurobarometer-Erhebungen¹ gaben ca. 80 % der Befragten an, dass sie den Klimawandel für ein sehr ernstes Problem halten, und vertraten die Auffassung, dass Klimaschutz und effizientere Energienutzung die EU-Wirtschaft stimulieren und Arbeitsplätze schaffen können. Dieses Engagement für Klimaschutz hat auch in der Jugendbewegung #FridaysForFuture Gestalt angenommen.
- 2.2 Der EWSA nimmt die zunehmende Unterstützung der Ziele der Energieunion durch die europäischen Unternehmen innerhalb und außerhalb des Energiesektors zu Kenntnis, bspw. durch Eurelectric oder B team.
- 2.3 Immer mehr Sachverständige und Wissenschaftler gelangen zu dem Schluss, dass die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaftsweise für die EU-Wirtschaft von Vorteil sein kann. Die Europäische Kommission hat ihre im November 2018 vorgelegte strategische, langfristige Vision auf einschlägige Erkenntnisse gestützt².

¹ Spezial-Eurobarometer 459 „Klimawandel“, März 2017.

² [COM\(2018\) 773 final](#).

- 2.4 Der EWSA bedauert indes, dass die nationalen Regierungen immer wieder abweichende Meinungen vertreten und auch zu Hause nicht das umsetzen, auf was sie sich in Brüssel geeinigt haben. Er appelliert an die Europäische Kommission, ihre Befugnisse einschl. ihrer rechtlichen Befugnisse wahrzunehmen, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten sich an die EU-Energierechtsvorschriften sowie die Energie- und Klimaziele für 2020 halten. Er fordert die Europäische Kommission auf, zu untersuchen, warum die nationalen Regierungen abweichende Meinungen vertreten und warum einige Mitgliedstaaten ihre Energie- und Klimaziele verfehlen werden.
- 2.5 Der EWSA begrüßt die in den letzten Jahren eingeleiteten, im Vierten Bericht genannten Initiativen, u. a. zur Förderung der EU-Inseln, der Kohleregionen und der Batterieindustrie sowie zur Bekämpfung von Energiearmut. All diese Initiativen sind wesentliche Voraussetzung für eine integrierte Industriepolitik, die eine sozial gerechte Energiewende unterstützen kann, die die Schaffung guter Arbeitsplätze fördert. Sie sollten als eine Gelegenheit für die Industrie gesehen werden, Europas Problemlösungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.
- 2.6 Der EWSA hat wiederholt festgestellt, dass die Energieunion europäischen Unternehmen stabile und günstige Rahmenbedingungen bieten muss, um Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, wobei insbesondere das Potenzial der KMU zu berücksichtigen ist. Er begrüßt deshalb das Inkrafttreten der Verordnung über das Governance-System der Energieunion und fordert die Zivilgesellschaft auf, eine aktivere Rolle zu übernehmen, um eine angemessene Umsetzung dieser Verordnung zu gewährleisten.
- 2.7 Der EWSA begrüßt ebenfalls den von der Europäischen Kommission im Januar 2019 vorgelegten Bericht „Energiepreise und Energiekosten in Europa“, aus dem klar ersichtlich wird, dass die jüngsten Energiepreissteigerungen im Wesentlichen durch Preissteigerungen bei fossilen Brennstoffen bedingt sind, die zu einem Anstieg der Einfuhrkosten der EU für fossile Brennstoffe von 26 % zwischen 2016 und 2017 auf insgesamt 266 Mrd. EUR führten. Er fordert transparentere Informationen über Subventionen für fossile Brennstoffe und die Unterschiede bei den Energiepreisen innerhalb der Europäischen Union, die u. a. auf die unterschiedlich hohen nationalen Verbrauchsteuern und Abgaben für Energie zurückgehen.
- 2.8 Der EWSA hatte sich dafür ausgesprochen, im Vierten Bericht die soziale Dimension in die Bewertungskriterien aufzunehmen. Daher begrüßt er nachdrücklich die von der Europäischen Kommission eingeleiteten sozialen Initiativen, u. a. im Zusammenhang mit CO₂-intensiven Regionen und Energiearmut, sowie den eigenen Unterabschnitt zur sozialen Dimension der Energieunion.
- 2.9 Der EWSA hat stets die Verfügbarkeit erschwinglicher Energie und den physischen Zugang dazu als entscheidende Voraussetzung für die Vermeidung von Energiearmut betrachtet. Daher begrüßt er die Einrichtung der Beobachtungsstelle für Energiearmut als einen ersten Schritt hin zur Aufstellung eines europäischen Aktionsplans zur Beseitigung der Energiearmut in Europa. Er fordert die Europäische Kommission auf, das Mandat und die Ressourcen der Beobachtungsstelle auszuweiten, so dass sie sich gezielt mit den Auswirkungen der

Energiearmut auf die Möglichkeit, angemessen zu heizen oder zu kühlen, sowie auf die Mobilität befassen kann.

- 2.10 Der EWSA weist darauf hin, dass die Energiewende keine wesentlich höheren Investitionen erfordert als die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen, auf vornehmlich eingeführten, ineffizient genutzten fossilen Brennstoffen basierenden Energiesystems. Die zentrale Herausforderung besteht darin, Kapital umzuverteilen und von kohlenstoffintensiven auf emissionsneutrale Anlagen und Infrastrukturen zu übertragen.
- 2.11 Zur Unterstützung der privaten Investoren bei dieser Kapitalumschichtung sollten die öffentlichen Behörden wirksame und vorhersehbare Kohlenstoffpreise für alle wirtschaftlichen Tätigkeiten gewährleisten und sämtliche Beihilfen für fossile Brennstoffe auslaufen lassen. Denkbar wäre beispielsweise ein Kohlenstoffmindestpreis im EHS in Verbindung mit der Harmonisierung der Energiesteuern. Der EWSA befürwortet deshalb nachdrücklich den Vorschlag der Europäischen Kommission, Beschlüsse über eine Harmonisierung der Energiesteuern mit qualifizierter Mehrheit anstatt Einstimmigkeit zu fassen, um zu vermeiden, dass eine einzige nationale Regierung Fortschritte der Europäischen Union behindern kann. Als erstes könnte eine solche Harmonisierung im Luftverkehrssektor stattfinden.

3. Bemerkungen zum Vierten Bericht zur Lage der Energieunion und zu Folgemaßnahmen

3.1 Eine starke und demokratische Governance für Europas Energiewende schaffen

- 3.1.1 Der EWSA ist der Ansicht, dass die EU und die meisten ihrer Mitgliedstaaten die Gestaltung der Energiepolitik weiter demokratisieren müssen. So können sie die effiziente Nutzung von Instrumenten wie Deliberationsforen und Europäischen Bürgerinitiativen fördern und die systemische Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft sicherstellen. Ein verstärkt dezentral organisiertes Energiesystem, in dem lokale Energiegemeinschaften eine größere Rolle spielen, kann einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung und eigenverantwortlichen Mitgestaltung der europäischen Energiewende leisten.
- 3.1.2 Um stabile und günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die europäischen Unternehmen, insbesondere KMU, zu schaffen, sollten die EU und alle ihre Mitgliedstaaten langfristige Energiepläne zur Erreichung des im Übereinkommen von Paris vereinbarten Ziels der Klimaneutralität ausarbeiten. Der EWSA fordert deswegen die EU auf, sich das Ziel zu setzen, bis 2050 den Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu vollziehen. Sektorspezifische und regionale Dekarbonisierungsstrategien sollten demnächst ausgearbeitet werden, um Geschäftsmöglichkeiten und Chancen auf lokaler Ebene zu ermitteln sowie die Gewinne und Verluste an Arbeitsplätzen vorzusehen und so einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten.
- 3.1.3 Der EWSA äußert sich kritisch zu verschiedenen diffusen Versprechen der Politik. Bspw. bedauert er, dass die Europäische Kommission nie klargestellt hat, wie ihre Ambition, „dass die Europäische Union weltweit die Nummer eins bei den erneuerbaren Energien wird“, konkretisiert werden soll.

3.1.4 Der EWSA begrüßt die Initiativen zur Unterstützung der CO₂-intensiven Regionen und der Inseln bei ihrer Umstellung ihres Energiesystems. Er fordert erneut die Europäische Kommission auf, gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten und Regionen eine Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen der einzelnen europäischen Regionen im Hinblick auf die Energiewende vorzunehmen. Diese kann dann in ihre Industriestrategien sowie ihre Strategien für eine intelligente Spezialisierung einfließen und ihnen auch die Folgenabschätzung hinsichtlich der durch den Wandel bedingten Schaffung, Verluste und Umgestaltung von Arbeitsplätzen erleichtern³.

3.1.5 Nach Meinung des EWSA erfordert eine starke und demokratische Governance der Energieunion die Schaffung eines „Europäischen Energieinformationsdienstes“ innerhalb der Europäischen Umweltagentur, der imstande wäre, die Qualität der von den Mitgliedstaaten übermittelten Daten zu gewährleisten, eine zentrale Eingangsstelle für alle zur Bewertung des Fortschritts der Energieunion erforderlichen Daten zu entwickeln, mit den Interessenträgern die Annahmen für die verschiedenen Szenarien auszuarbeiten, Open-Source-Modelle zum Prüfen der verschiedenen Annahmen bereitzustellen und die Kohärenz zwischen den verschiedenen Projektionen zu prüfen. Seine Arbeit sollte allen Entscheidungsträgern, den Unternehmen und der Öffentlichkeit ohne Einschränkung zur Verfügung stehen.

3.2 *Gemeinsame Abfassung eines Sozialpakts für eine bürgergetriebene Energiewende*

3.2.1 Der EWSA begrüßt nachdrücklich die von der Europäischen Kommission getroffene Feststellung: „Die sozialen Auswirkungen dieser [durch die Energiewende bedingten] Veränderungen müssen bereits von Anfang an Teil des politischen Prozesses sein und dürfen nicht erst im Nachhinein berücksichtigt werden.“ Er fordert die Europäische Kommission auf, diesen Worten Taten folgen zu lassen, und ist bereit, sie darin zu unterstützen und seine Sachkenntnis einzubringen.

3.2.2 Der EWSA bekräftigt, dass Europa einen „Sozialpakt für eine bürgergetriebene Energiewende“ benötigt, der zwischen der EU, den Mitgliedstaaten, den Regionen, den Städten, den Sozialpartnern und der organisierten Zivilgesellschaft vereinbart werden muss, um sicherzustellen, dass beim Übergang niemand zurückgelassen wird. Er sollte die sechste Dimension der Energieunion werden und alle sozialen Aspekte umfassen, darunter die Schaffung von guten Arbeitsplätzen, Berufsbildung, Verbrauchererziehung und -schulung, Sozialschutz, spezifische Pläne für Strukturwandelregionen, in denen Arbeitsplätze verloren gehen, Gesundheitsschutz und Energiearmut. Die Initiative sollte Teil der europäischen Säule sozialer Rechte sein. Ein solcher Pakt könnte auf nationalen Erfahrungen aufbauen, bspw. dem französischen „Pacte pour le pouvoir de vivre“, der von einem Bündnis aus 19 Gewerkschaften und NGOs getragen wird.

³ [ABl. C 367 vom 10.10.2018, S. 1.](#)

3.2.2.1 Der EWSA ist der Ansicht, dass die Europäische Union angemessene Finanzmittel zur Verfügung stellen muss, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die Gefahr laufen, ihren Arbeitsplatz infolge des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu verlieren. Zu diesem Zweck und unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Plattform für Kohleregionen im Wandel fordert der EWSA die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union auf, dafür zu sorgen, dass der Europäische Sozialfonds, die Regionalfonds und der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung so konzipiert und finanziert werden, dass den Herausforderungen des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft entsprochen werden kann. Hierdurch würde Europa seinen festen Willen bekunden, dass niemand zurückgelassen werden soll.

3.2.3 Der EWSA würde eine Entwicklung der Energieunion begrüßen, die es ermöglicht, die Energiearmut in Europa zu beseitigen und die Lebensqualität, die Beschäftigungslage und die soziale Inklusion zu verbessern. Auf der Grundlage der Befunde der Europäischen Beobachtungsstelle für Energiearmut und des neu erhobenen Europäischen Energiearmuts-Indexes sollte in Zusammenarbeit mit den Interessenträgern, einschließlich der Verbraucherorganisationen und NGOs, die sich wie das Europäische Netz gegen Armut für Armutsbekämpfung einsetzen, ein europäischer Aktionsplan zur Beseitigung der Energiearmut ausgearbeitet werden, um sicherzustellen, dass das öffentliche Handeln zunehmend die der Energiearmut zugrunde liegenden Ursachen ins Visier nimmt. Der EWSA verweist auf die Feststellung in seiner Stellungnahme zum Thema „Saubere Energie für alle Europäer“⁴, dass Energiearmut investitionsabhängig ist und insbesondere die gefährdeten Haushalte Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzierung haben, und betont, dass schrittweise Linderungsmaßnahmen von Vorbeugungsmaßnahmen abgelöst und so zum Beispiel alte Gebäude saniert und in Netto-Nullenergiegebäude umgebaut werden sollten. In diesem Zusammenhang können Sozialtarife oder Energieschecks nur eine vorübergehende Entlastung darstellen, an deren Stelle nach und nach öffentliche Zuschüsse treten sollten, um von Armut betroffenen Unionsbürgern den Zugang zu strukturellen Lösungen wie umfassenden Gebäudesanierungen zu erleichtern.

3.2.3.1 Der EWSA sieht den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft als Gelegenheit, um mehr Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Der Europäischen Kommission zufolge gibt es in der EU bereits mehr als 4 Millionen „grüne Arbeitsplätze“. Durch die Beschleunigung der Energiewende werden noch mehr Arbeitsplätze entstehen, zumal im Rahmen lokaler Energiegemeinschaften. Nach Meinung des EWSA sind gezielte Berufsbildungsanstrengungen erforderlich, um Energiewende-Arbeitsplätze für junge Menschen in Europa, auch arbeitslose Jugendliche, attraktiv zu machen. Er fordert die Europäische Kommission daher auf, über das ErasmusPro-Programm mehr junge Menschen für die Wachstumsbranchen der klimaneutralen Wirtschaft (z. B. Energieeffizienz, Erzeugung erneuerbarer Energie) zu begeistern und dazu das Image und die Arbeitsbedingungen dieser Tätigkeitsfelder zu verbessern.

⁴ [ABl. C 246 vom 28.7.2017, S. 64.](#)

- 3.2.4 Der EWSA ist der Ansicht, dass die EU und all ihre Mitgliedstaaten die Bekämpfung der Luftverunreinigung zu einer hohen politischen Priorität machen sollten. Regulierungsmaßnahmen zur Verringerung der Schadstoffemissionen von Kraftfahrzeugen und Kraftwerken sollten verstärkt werden, und es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um letztendlich den Einsatz von fossilen Energieträgern im Verkehrssektor und zur Stromerzeugung stufenweise zu beenden. Er fordert die Europäische Kommission ferner auf, in einem nächsten Bericht eine eingehende Analyse der Faktoren, die zur Schaffung grüner Arbeitsplätze beitragen, und der zu überwindenden Hemmnisse vorzulegen.
- 3.2.5 Der EWSA begrüßt, dass im Vierten Bericht ausführlichere Informationen über die Nutzung der EU-Finanzierungsinstrumente, insbesondere der Fazilität „Connecting Europe“, erteilt werden. Er weist jedoch darauf hin, dass die Möglichkeiten der KMU, der Bürger, der lokalen Energiegemeinschaften sowie der gemeinschaftlichen Projekte für den Zugang zu diesen Ressourcen verbessert werden müssen (z. B. durch die Förderung von Finanzplattformen, insbesondere in den Mitgliedstaaten, in denen es keine derartigen Dienste gibt). Der EWSA möchte sich in einer separaten Sondierungsstellungnahme oder einem separaten Informationsbericht ausführlicher mit der sozialen Dimension der Energiewende auseinandersetzen.

3.3 *Verkehr*

Der EWSA merkt an, dass ein Drittel des Energieverbrauchs der EU auf den Verkehrssektor entfällt. Die Emissionen in der EU gehen insgesamt zurück, nicht aber ihre verkehrsbedingten Emissionen. Zudem ist der Verkehr immer noch fast vollständig (zu 94 %) von – größtenteils importiertem – Erdöl abhängig.

- 3.3.1 Der EWSA begrüßt die Verabschiedung des Legislativpakets „Saubere Mobilität“ als einen ersten Schritt hin zur Mobilitätswende. Er begrüßt die Förderung der Elektrifizierung, bekräftigt jedoch, dass dies nicht ausreicht und beispiellose Anstrengungen erforderlich sind, um die Energieeffizienz zu verbessern und unnötige Mobilität – bspw. aufgrund großer Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsort – zu vermeiden.
- 3.3.2 Der EWSA hätte EU-weite Maßnahmen befürwortet, um zu verhindern, dass Fahrzeughalter mit niedrigem Einkommen mit umweltschädlichen Fahrzeugen, die aus immer mehr städtischen Gebieten ausgesperrt werden, ausgegrenzt werden. Denkbar wären Maßnahmen im Rahmen der Städteagenda sowie die Förderung von Fuß- und Radverkehr, öffentlichem Verkehr oder einer kostengünstigen Nach- oder Umrüstung der Antriebe bereits zugelassener Fahrzeuge von fossil auf emissionsfrei.
- 3.3.3 Der EWSA begrüßt die Tatsache, dass im Vierten Bericht der wichtigen Rolle der Europäischen Batterie-Allianz Rechnung getragen wird. Er unterstützt diese Initiative, die zum Ziel hat, dass die EU eine ambitionierte Rolle auf dem globalen Markt übernimmt⁵.

⁵ [ABl. C 367 vom 10.10.2018, S. 1.](#)

3.4 *Infrastruktur, Investitionen und Industrieentwicklung für die Energiewende*

- 3.4.1 Die Energiewende wirkt sich umfassend auf sämtliche Bereiche der Wirtschaft aus, ganz besonders auf die Energieversorger, die energieintensiven Branchen und die Branchen, die Energielösungen anbieten. Ihr radikaler Umbau erfordert Investitionen in Höhe von Hunderten Milliarden Euro. Die betreffenden Unternehmen, Energiegenossenschaften und Bürger stehen vor Risiken, Herausforderungen und Chancen, und der EU kommt eine entscheidende Rolle dabei zu, sie bei der Wahrnehmung der Chancen, der Bewältigung der Herausforderungen und der Eindämmung der Risiken zu unterstützen.
- 3.4.2 Der EWSA bedauert, dass der Bewertung der Energieabhängigkeit der EU und den damit verbundenen geopolitischen Auswirkungen keine ausreichende Aufmerksamkeit zuteil geworden ist. U. a. sollte aber überwacht werden, wie sich die Abhängigkeit der EU entwickelt, die durch importierte Energie (bspw. Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran) sowie importierte Energiewendeprodukte (bspw. Batterien, Solarpaneele) und durch ausländische Investitionen in strategisch wichtige Energievermögenswerte und Energieunternehmen der EU bedingt ist (bspw. erwerben US-Unternehmen wichtige Segmente der Wertschöpfungskette für thermische Energie, chinesische Unternehmen kaufen Stromversorgungsunternehmen auf, und Russland investiert in den Energiesektor einiger Länder).
- 3.4.3 Nach Meinung des EWSA sollte die EU sich in allen Bereichen der sauberen Energie ehrgeizigere Ziele setzen, um einen gesunden Binnenmarkt für die europäischen Unternehmen zu schaffen, in dem Innovationen umgesetzt werden können, und sie sollte eine integrierte Industriestrategie ausarbeiten, die darauf ausgerichtet ist, Lösungen für saubere Energie zu exportieren.
- 3.4.4 Der EWSA bedauert, dass die öffentlichen Investitionen (der Mitgliedstaaten und der EU) in die Forschungs- und Innovationsprioritäten der Energieunion auf einem Niveau von 5 Mrd. EUR jährlich stagnieren, obwohl Energieforschung und -innovation eine entscheidende Voraussetzung für die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und die Eindämmung des Klimawandels in Europa sind. Er fordert die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission auf, hierzu weitere Daten sowohl in absoluten Zahlen als auch in Prozent des EU-BIP vorzulegen.
- 3.4.5 Der EWSA begrüßt nachdrücklich das Pilotprojekt des Europäischen Innovationsrates und den Vorschlag, Forschungs- und Innovationsaufträge zu lancieren, um Forschung und Innovation besser auf Projekte auszurichten, mit denen die gesellschaftlichen Herausforderungen, darunter der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft, wirksam angegangen werden. In diesem Sinne fordert der EWSA die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union auf, einen spezifischen Auftrag vorzuschlagen, um 100 europäische Städte bis 2030 klimaneutral zu machen. Forscher, Innovatoren und Unternehmen in der EU erhalten dadurch umfangreiche Gelegenheit, Innovationen mitzugestalten und zu testen, aus Erfahrungen zu lernen und sich besser auf eine rasche Energiewende in Europa und weltweit einzustellen.

4. **Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Beitrag des EWSA**

- 4.1 Der EWSA ist zu der Überzeugung gelangt, dass die Energieunion zwar politisch ausformuliert sein mag, aber noch nicht im Alltag der Europäerinnen und Europäer angekommen ist. Die politischen Entscheidungsträger der EU haben zwischen 2015 und 2019 begrüßenswerterweise die Weichenstellungen für die Energieunion vorgenommen, indes bleibt in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch viel zu tun.
- 4.2 Der Umbau des europäischen Energiesystems wird nämlich zügiger, kostengünstiger und demokratischer vonstattengehen, wenn er von Bürgerinnen und Bürgern angetrieben wird, die immer mehr zu aktiven Verbrauchern, Prosumern, Mitarbeitern, Crowdsourcern und Crowdfundern der Energiewende werden. Die Europäische Union sollte danach streben, dass die Energiepolitik, auch auf nationaler Ebene, nicht von wenigen Entscheidungsträgern abhängt, sondern tatsächlich durch das Zutun aller angetrieben wird. Angesichts des wachsenden Klimabewusstseins der Öffentlichkeit und insbesondere der jungen Menschen in Europa ist dieses Unterfangen realistischer als je zuvor.
- 4.3 Der EWSA bedauert das Fehlen konkreter Vorschläge für eine bessere Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Bürgerinnen und Bürger. Die Besuchsreisen zur Förderung der Energieunion sind positiv zu bewerten. Er fordert die Europäische Kommission auf, verstärkt mit Entscheidungsträgern und Interessenträgern zusammenzuarbeiten und sich insbesondere mit den nationalen und regionalen Wirtschafts- und Sozialräten und der organisierten Zivilgesellschaft zusammenzutun, um gemeinsam alle Europäer mit sauberer Energie zu versorgen.
- 4.4 Der EWSA schlägt unter Verweis auf die in der Verordnung über das Governance-System der Energieunion zur Verfügung stehenden Instrumente vor, einen ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern einzurichten und diesen zu einem obligatorischen Teil der Vorbereitung für alle wichtigen politischen Entscheidungen und klimaschutzrelevanten EU-Rechtsvorschriften zu machen. Transparenz und Rechenschaftspflicht sollten wesentliche Elemente eines solchen Dialogs sein, was bedeutet, dass die Beiträge zu Dialogen öffentlich zugänglich sein sollten und dass klare Informationen zu der Frage bereitgestellt werden, wie während des Dialogs geäußerte Anliegen berücksichtigt wurden. Entscheidend für den Erfolg eines solchen Dialogs ist, dass er als bürgernah erfahren wird. Auch wenn ein Dialog über das Internet sinnvoll sein könnte, reicht er jedoch nicht aus, sondern er muss durch Versammlungen und direkte Kontakte mit der Öffentlichkeit ergänzt werden. Daher ist es notwendig, dass der Dialog offen stattfindet, dass angemessene finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen und dass ihm ein eigenes Gesicht gegeben wird, etwa in Form eines Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, eines Kommissionsmitglieds oder einer anderen hochrangigen Persönlichkeit.

- 4.5 Der EWSA möchte aktiv zur weiteren Entwicklung der Synergien und der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen auf EU-Ebene, der organisierten Zivilgesellschaft sowie den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und ihren Einrichtungen beitragen, die für die Ziele der Energieunion von Bedeutung sind. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften können dank ihrer Bürgernähe und ihrer Kenntnis der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten eine Schlüsselrolle bei der effizienten Anpassung und Umsetzung der Energiepolitik spielen. Sie repräsentieren eine wesentliche Entscheidungsebene in Sektoren wie Verkehr, Stadtplanung, Gebäude und Gemeinwohl, weshalb sie äußerst wichtig für koordinierte Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energiequellen sind.

Brüssel, den 17. Juli 2019

Luca Jahier
Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
